

Teil V
Diskussion und Ausblick

Diskussion der Ergebnisse

Wie vor allem im Kapitel zu den Hochschulreformen gezeigt wurde, nahm der Zugriff auf die akademischen Strukturen in der DDR bereits in den ersten eineinhalb Jahrzehnten des Bestehens der DDR stetig zu. Dies zeigte sich als Politisierung, Ideologisierung und Instrumentalisierung sowie Implementierung politischer Haltungen im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg und der darin stattgefundenen kriegerischen Haltung, dargestellt über Inhalte zur Psychologischen Kriegführung und Politischen Psychologie. Aus psychologischer Sicht wurde hierzu bereits im betreffenden Zeitraum, das heißt 1963, zu einer Metabetrachtung der Ost-West-Thematik als »Ideologien in psychologischer Sicht« angeregt:

»In ihrem eigentlichen Sinne läuft unsere Betrachtung also darauf hinaus, daß die beiden Ideologien, deren Vertreter sich einen Kampf bis auf das Messer liefern, bis zu einem gewissen, wenn auch verschiedenen Grade einseitig sind und den ausgleichenden ›goldenen‹ Mittelweg bis zur Stunde noch nicht finden konnten. Zur individuellen Freiheit einerseits gehört ein entsprechendes, sehr subtil funktionierendes Verantwortungsbewußtsein der Allgemeinheit gegenüber – und die andererseits mehrheitlich auf das Kollektiv ausgerichtete Auffassung müßte der Persönlichkeit des Einzelnen einen bedeutend größeren Spielraum gewähren können, als sie dazu in ihrem jetzigen Stadium überhaupt fähig ist« (Jenny, 1963, S. 288).

Die westliche »freiheitliche Lebensauffassung« wurde in diesem Zusammenhang als noch nicht sehr gefestigt gesehen: »Der Westen wird deshalb alle seine geistigen, ethischen und sittlichen Werte mobilisieren müssen, wenn er in dieser Auseinandersetzung bestehen und verjüngt und vertieft aus dieser Prüfung hervorgehen will« (Jenny, 1963, S. 289).

Nach inzwischen nun bald 35 Jahren nach der Friedlichen Revolution ist die deutsch-deutsche Thematik zu einer Entscheidung hin zur freiheitli-

chen Lebensauffassung für alle – in West- wie in Ostdeutschland – geworden. Die Wahrnehmung der unterschiedlichen Ausgangspositionen, die in der Psychologie über die Jahrzehnte der deutsch-deutschen Teilung Platz genommen hatten, ist erst spät in die fachlichen Kreise durchgedrungen. Die geringe Rezeption der psychologiegeschichtlichen Beiträge im Allgemeinen schlägt sich auch in dieser Thematik nieder. Besonders für eine »Psychologie des Alltagshandelns« ist jedoch ein »Nutzen der Auseinandersetzung mit der Fachgeschichte« dargelegt worden (Ulich, 2008), der sicherlich nicht nur für das dortige Beispiel der Arbeitspsychologie gilt.

Mit dem BMBF-Programm »Gesellschaft verstehen – Zukunft gestalten« (2019–2025) sollte vor allem durch vertiefende Forschung über die DDR eine besseres Verständnis für die unterschiedlichen Sozialisationen der ehemaligen DDR-Bürger*innen und ein nachvollziehbareres Wissen über die verschiedenen Lebensbedingungen in Ost und West vor der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten über »das kritische Verständnis und die Analyse der zugrunde liegenden gesellschaftlichen Sachverhalte sowie historisch-kultureller Zusammenhänge und Entwicklungen« stattfinden (Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2020, S. 4).

Was bedeuten die dargelegten Ergebnisse aus der ersten Förderphase nun für die Fachvertreter*innen der Psychologie bzw. für die Nachwuchswissenschaftler*innen und Studierenden der Psychologie? Zunächst einmal ist eine breite Basis gelegt worden, um zuverlässiger eine Orientierung über die Provenienzen und die bestandshaltenden Institutionen (Bibliotheken, Archive, Museen etc.) von Psychologie-Material der DDR auf der Suche nach geeignetem Untersuchungs- oder Quellenmaterial zu erlangen. Das Wissen bzw. die Inhalte, die in den jeweiligen Quellen enthalten sind, ist auf wiederum deren Provenienz eindeutig(er) vor dem Hintergrund der in dieser Publikation dargelegten Grundinformationen zu Marxismus-Leninismus mit seinen erkenntnistheoretischen Setzungen und Abgrenzungen gegenüber den geistes- und naturwissenschaftlichen Haltungen, wie sie im 20. Jahrhundert in Westdeutschland bzw. nach 1945 in Westdeutschland für die Wissenschaften bestanden, verstehbar.

Ausgehend hiervon ist die Ableitung und sind die Forderungen in der DDR, die an die Entwicklung einer sozialistischen Persönlichkeit, und damit der implizit und explizit geforderte Beitrag der Psychologie zur Erforschung und Unterstützung derselben eine Politisierung und Instrumentalisierung, die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg (noch) nicht zur Diskussion stand. Hier interessiert wissenschaftsgeschichtlich, welche Kräfte

und politischen Felder Indienstnahmen der Psychologie vorantrieben oder vorantreiben können und wie Expert*innen der Psychologie dies in der Zukunft verwehren könnten.

Revesz (1947) hat in seiner Abhandlung *Die Bedeutung der Psychologie für die Wissenschaft, für die Praxis und die akademische Ausbildung der Psychologen* das Selbstverständnis der Psychologie als Wissenschaft gegenüber den übrigen Wissenschaften vorgestellt. Die Politik oder politische Prozesse finden sich darin zu diesem Zeitpunkt nicht. Anfang der 1950er Jahre hat von Allesch (1953) herausgestellt, welche Leistungen und Unterstützungen von der Psychologie ausgehen und ausgingen und er charakterisierte sie als eine »Betreuerin der Menschen«, sodass sich »jeder Lebensbereich von Menschlichkeit« prägen ließ (von Allesch, 1953, S. 16). Im Unterschied zu den dann später aufkommenden Positionierungen der Psychologie in der DDR zur Verwirklichung der Ziele der SED-Diktatur im öffentlichen, gesellschaftlichen Leben sah Johannes von Allesch den Menschen selbst als Ursprung und Ziel aller psychologischen Bemühungen: »Das öffentliche Leben ist ein Leben des Menschen, von ihm gehen alle organisatorischen und technischen Einrichtungen aus, um seinetwillen sind sie getroffen, er ist Ursprung und Ziel zugleich.« Unter dieser humanistischen Ausrichtung fehlen die politischen Konnotationen, die in der DDR konsequent die Anpassung des Menschen an den Sozialismus forderten. Bewusstseinsbildung wurde im Sozialismus zugunsten eines Bewusstseins über die Bedarfe und Notwendigkeiten der sozialistischen Gesellschaft verstanden, nicht als individuelle (und damit auch gesellschaftskritische) Bewusstseinsbildung und wurde als »dogmatische Position« im Sozialismus bezeichnet (Grunenberg, 1985, S. 5): »Seine Bedürfnisse stellt dieses Individuum, sofern nicht deren Identität mit gesellschaftlichen Bedürfnissen bewiesen ist, hintenan« (Grunenberg, 1985, S. 7). Neben dieser dogmatischen Position bestanden auch relativierte Positionen, die sich – aus der Metaperspektive betrachtet – wohl eher in der Psychologie, das heißt unter der Psychologenschaft in der DDR finden ließen: Bezogen auf die Schwerpunktbereiche der Psychologie an den Universitäten ging es bei der Bildung des sozialistischen Bewusstseins um die Integration ökonomischen Fachwissens (wie z. B. in der Arbeits- und Ingenieurpsychologie) oder um die Forderung nach »Handlungsspielraum und schöpferische[r] Initiative« (z. B. in den Bereichen der Entwicklungs- und Pädagogischen Psychologie) als einer eher »reformerischen Position« (Grunenberg, 1985, S. 9).

Zum Zeitpunkt Ende der 1940er und Beginn der 1950er Jahre war eine noch in der SBZ stattfindende »Psychologen-Zusammenkunft« (Anonym, 1948, S. 27) auf Initiative des Ostberliner Verlags Volk und Wissen 1947 bedeutsam: In einem Bericht der Zeitschrift *Pädagogik* wurden dort »die aktuellen Aufgaben der Psychologie« diskutiert und in diesem Zusammenhang auch, wie sie »wirksam in die Gestaltung des Lebens einzugreifen imstande ist (Anonym, 1948, S. 27).« Die teilnehmenden Psychologinnen und Psychologen an der benannten Tagung konnten zwar im Verlauf des Förderzeitraums leider nicht ermittelt werden, doch ist der weitere Weg der Psychologie eng an die Pädagogik und die kommunistische Erziehung geknüpft, um die Forderung und Realisierung der »Formung des neuen Menschen« zu gewährleisten (Arbatow, 1959, S. 581f. und 590–595) bzw. »vom sozialistischen zum kommunistischen Bewusstsein« zu gelangen (Arbatow, 1959, S. 585–590).

Dieses Wissen stellt ein Grundlagenwissen dar und muss Studierenden und Nachwuchswissenschaftler*innen zur kritischen Reflexion und eigenen Standortbestimmung vermittelt werden. Hierzu gehört auch das Wissen über die ethisch-moralische Grundlegung psychologischer Wissenschaft: Ethische Perspektiven waren implizit in der marxistisch-leninistischen Philosophie enthalten (Miller, 1974), mit den ethischen Positionen des Westens und damit letztlich auch berufsethischen Positionen der Psychologie aus den Reihen des BDP und der DGPs, wie sie in Westdeutschland seit Januar 1967 in Kraft getreten waren (Schorr, 1999, S. 290), jedoch nicht vereinbar bzw. wurden als »revisionistische Verfälschung« und als »Bewußtsein zersetzende Diskriminierung des sozialistischen Staates« auch als Angriff durch einzelne Bildungsforscher*innen der Bundesrepublik Deutschland gesehen (Miller, 1974, S. 131). Eine solche Haltung der Psychologie gegenüber muss den Studierenden der Gegenwart bekannt sein, da dies nicht nur zum Allgemeinwissen über die deutsche Geschichte gehört, sondern vor allem zu einem »Reflexionswissen«, wie es Koch (2021, S. 240–243) vorgestellt hat.

Bei der Lehre über diese psychologiehistorischen Ergebnisse muss ausführlich über die verschiedenen Bedingungen der akademischen Psychologie in der DDR aufgeklärt werden und es müssen die vielfältigen Aspekte von Politisierung und Instrumentalisierung der Psychologie im Sinne eines kritisch-reflexiven Fachwissens in der Lehre Raum erhalten. Diese Forderung schließt auch das Wissen um andere Verwertungen der Psychologie in totalitären Staatskonzeptionen wie zum Beispiel im Nationalsozialis-

mus mit ein. Vor allem aber braucht es eine strukturelle Basis, um diese und andere psychologiehistorische Untersuchungsergebnisse im Rahmen des Psychologiestudiums zu vermitteln. Diese ist bisher leider noch nicht gegeben. Sie ist nicht nur wegen der Präsenz der bereits erreichten Ergebnisse wichtig, sondern dient auch der Meta-Forschung, um untersuchen zu können, ob es seismografische Hinweise gibt, ab wann die Psychologie zu diktatorischen oder totalitären Zwecken vereinnahmt wird bzw. welche Vulnerabilität von Disziplineigenschaften ausging oder ausgeht, damit solche Verwertungen greifen konnten – und wie diese verhindert werden können.

Ausblick

Das Wissen über die verschiedenen Positionen im Sozialismus, die daraus fachlich erkennbaren Dilemmata von Psychologinnen und Psychologen in der DDR, die Forderungen in den sogenannten »10 Gebote[n] des sozialistischen Menschen« (s. Teil II) und die politische Vereinnahmung der Individualität, unter anderem als sozialistische Persönlichkeit – all das zählt für Psychologinnen und Psychologen ganz allgemein zu einem Grundlagenwissen und betrifft somit jede Fachvertreterin und jeden Fachvertreter gleich welcher Teildisziplin der Psychologie, besonders sicherlich auch diejenigen, welche den fachlichen Schwerpunkt der Psychotherapie wählen und seit 2020 gemäß aktuell geltender Approbationsordnung über einen nachzuweisenden Studienanteil zur Geschichte der Psychologie verfügen müssen (Der Bundesminister für Gesundheit, 2020). Auch für die Heranziehung der Psychologie als Referenzdisziplin bzw. Bezugswissenschaft ist diese Grundorientierung mit zu vermitteln, um einen reflektierten Umgang mit den Fachinhalten zu gewährleisten und auf Grenzen von Verwertungen hinzuweisen.

In Handbüchern, Fachlexika der Psychologie und ihrer Bezugswissenschaften, in Online-Datenbanken u. a. sind diese Vorzeichen, Bedingungen und Positionen im Sozialismus zu nennen und für den beruflichen wie wissenschaftlichen Nachwuchs orientiert an den Unterschieden in den beiden deutschen Staaten verfügbar zu halten. Deutlich unterschieden werden müssen in Lehrbüchern und Nachschlagewerken die erkenntnistheoretischen Grundlagen und Debatten der Psychologie in ihrer Geschichte und damit auch eine Herausstellung der ideologischen Anpassungsforderungen und Staatskonzeptionen mit den daraus resultierenden Unterschieden im Menschenbild und der Stellung der Individualität unter den oben genannten Ausrichtungen, um das kulturelle Erbe angemessen als Wissenshorizont und zur kritischen Reflexion zu erhalten.

Vor allem muss in berufsethischen Diskussionen eine noch deutlichere Darstellung der humanistischen Position von Psychologinnen und Psycho-

logen der Gegenwart in Abgrenzung zu einer politischen Vereinnahmung des Individuums stattfinden. Auch sollten Originalia in der Lehre eingesetzt werden, um zu verdeutlichen, wie die Argumentationslinien bei politischer Vereinnahmung und Indienstnahme der Psychologie oder der Menschen verliefen und welche Themenhorizonte damit verbunden waren, die auch bis zu sittlich-moralischen Ausdehnungen reichten (z. B. Golubjewa, 1985, S. 1085–1088).

Die hier dargestellten Ergebnisse über Möglichkeiten der Bildung einer Staatspsychologie, wie die Operative Psychologie hier bezeichnet wird, müssen sich im Sinne von Zurückweisungen auch in »Berufsethische[n] Richtlinien für Psychologinnen und Psychologen« abbilden, was aber über den derzeitigen Stand hinausweist (Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen & Deutsche Gesellschaft für Psychologie, 2022), jedoch notwendig ist, da sie derzeit noch zugleich als Berufsordnung dienen. Bisher gibt es noch kein Berufsgesetz für Psychologinnen und Psychologen, obwohl dies schon seit Ende der 1960er Jahre immer wieder diskutiert und in Entwürfen erarbeitet worden war (Schorr, 1999, S. 289). Lediglich für den Bereich der Psychotherapie gab es 1998 (Bundesministerium der Justiz, 1998) und gibt es in reformierter Fassung seit 2019 bzw. 2020 ein spezifisches Berufsgesetz für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in der Bundesrepublik Deutschland (Bundesministerium der Justiz, 2020).

Doch nicht nur die gesetzlichen Regelungen drängen: Auch das Wissen um die mögliche Fortführung von Krieg als »psychologischer Krieg(s)führung«, wie es aus dem 20. Jahrhundert erkennbar ist, ist nicht nur in Bezug auf die Vergangenheit und das 20. Jahrhundert von Bedeutung. Auch für die gegenwärtigen Kriegssituationen und die hoffentlich bald folgenden Friedenssituationen ist das hier präsentierte Wissen über psychologische Verwertungshorizonte und die damit in Verbindung stehenden möglichen Schädigungen von Menschen von Relevanz, wenn eine angemessene Form der Hilfe, der Rehabilitation, des Wiederaufbaus und der psychischen Versorgung durch Psychologinnen und Psychologen in diesem Zusammenhang zu leisten ist.

Kurz und zusammengefasst heißt dies, dass es einen Zuwachs an Kompetenzfeldern in der Psychologie und in den Psychologiestudiengängen braucht, die den vorliegenden Ergebnis- und Wissenshorizonten gerecht werden. An Forschungsdesideraten wäre noch einiges hinzuzufügen, doch muss dies aus kapazitären Gründen späteren Publikationen vorbehalten bleiben.